

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 342.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle in Schwedt, Brückenstraße 3, 1,25 M. für den Monat, 35 Pf. für die Woche; bei Lieferung durch unsere Boten in Schwedt frei ins Haus 1,43 M. für den Monat. Für Postbezug das übliche Bestellgeld. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Schwedt.



Polischekonto Berlin 39142.
Anzeigen werden mit 20 Pf. für die einpaltige Zeile berechnet. Die Reklamezeile kostet 60 Pf. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen sowie für telephonisch aufgebene oder undeutlich geschriebene Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Bei zwangsweiser Eintreibung kein Rabatt. Anzeigenschluß 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden am Vortage erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 286

Donnerstag, den 7. Dezember 1933

40. Jahrgang

Rom gegen Genf

Italiens Ultimatum an den Völkerbund.

Sofortige Reformen oder Austritt Italiens.

Nach einer sehr langen Beratung hat der Große Faschistische Rat folgende Entschlüsse gefaßt: Der Große Faschistische Rat beschließt nach Besprechung der Lage, das weitere Verbleiben Italiens im Völkerbund von einer grundlegenden (radikalen) Reform dieser Organisation abhängig zu machen, die in kürzester Frist zu vollziehen ist und den Völkerbund in seinem Aufbau, in seiner Funktion und in seinen Zielen zu betreffen hat.

Zur Kriegsschuldenfrage erklärt der Große Faschistische Rat, daß Italien angesichts des neuen Termins vom 15. Dezember als Zeichen seines guten Willens eine Million Dollar zahlen wird in der Erwartung, daß die endgültige Regelung dieses Soll- und Habenpostens, das aus dem Kriege stammt, abschließen wird.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung, der das neue Gesetz über die Korporationen betrifft, brachte Balbo eine Entschließung ein, die dem Duce das volle Vertrauen ausdrückt und das italienische Volk auffordert, an der sozialen Umformung mitzuarbeiten.

Was will Italien mit der Reform des Völkerbundes erreichen?

Die italienischen Absichten für eine Reform des Völkerbundes liegen etwa in der Richtung, daß innerhalb des Völkerbundes ein entscheidendes Gremium der verantwortlichen Großmächte geschaffen werden soll. Es handelt sich natürlich in erster Linie um die Unterzeichnermächte des Viererpaktes, der auf diese Weise im neuen Völkerbundesrahmen ausstrahlend würde.

Man denkt ferner an die Zuziehung Rußlands, dann aber auch der Vereinigten Staaten und Japans. In dem Schachzug Mussolinis, den er durch die Entschlüsse des Großen Faschistischen Rates unvermittelt machte, wird nun also auch die Bedeutung des Litwinow-Vesuches klar. Die Reform des Völkerbundes würde sich nach italienischer Ansicht zwar nicht gegen die Interessen der kleinen Staaten richten — die, wie immer wieder betont wurde, durchaus berücksichtigt werden sollen —, aber den unnatürlichen, nur durch Blockbildung zustande gekommenen Einfluß gewisser Balkanstaaten im Völkerbund zurückdrängen. Daß das auf den Widerstand Frankreichs stößt, dessen Vormachtstellung im Völkerbund auf der Ausnützung dieser Lage beruht, ist klar. Aber auch von England wird diplomatischer Druck auf Rom bereits eingesetzt haben.

Die italienische Drohung mit dem Völkerbundsaustritt ist zweifellos sehr stark. Sollte, was denkbar ist, eine klare Abgabe auf das italienische Ultimatum aus Genf kommen, so dürfte sie wohl verwirklicht werden.

„Abrüstungskonferenzler“ unter sich.

Die Unterredung Henderson—Paul-Boncour.

In gut unterrichteten Pariser politischen Kreisen verläutet über die Unterredung zwischen dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, und dem französischen Außenminister, Paul-Boncour, und dem Henderson versichert, daß die französische These, die er in der Kammer am 14. November entwickelte, keinerlei Änderung erfahren habe.

Frankreich werde keiner, auch nur teilweisen, Aufklärung Deutschlands zustimmen. Für Frankreich sei dies einer der Hauptpunkte der ganzen Abrüstungsfrage. Deutschland irre sich, wenn es glaube, auf Grund eines Nachgebens der anderen Mächte, wie es in Rom oder London vorgesehene sei, wieder nach Genf zurückzukehren, denn Deutschland werde sich niemals mit der Anerkennung der gegenwärtigen Lage zufriedengeben, sondern immer weitere Forderungen stellen.

Herr Paul-Boncour hat darin recht, daß er annimmt, Deutschland werde sich niemals mit der Anerkennung der gegenwärtigen Lage zufriedengeben. Er irrt aber, wenn er glaubt, daß wir noch besonderen Wert darauf legen, wieder nach Genf zurückzukehren. Wir haben von diesem Herrbild einer Abrüstungskonferenz nun wirklich über und über genug und sind froh, daß wir durch Adolf Hitlers tatkräftigen Schritt jetzt endlich draußen sind!

Die römische Aktion ein Schritt zur wirklichen Befriedung Europas.

Der „Völkische Beobachter“ zum Beschluß des Faschistischen Großen Rates.

Im „Völkischen Beobachter“ nimmt Alfred Rosenberg zum Beschluß des Faschistischen Großen Rates Stellung. Knapp zwei Monate, so sagt er, seien seit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund verstrichen, und schon erhalte das brüchige Gebäude einen erneuten Stoß, von dem es sich in seiner alten Form niemals mehr erholen können. Er kommt dann vor allem auf die Forderung zu sprechen, daß die ganze Institution in Genf vom Versailler Vertragswerk abgelöst werden soll, und fährt fort: Wenn sich diese Forderung bewahrheiten sollte, so wäre ein entscheidender Schritt zur Befriedung Europas getan worden. Es wäre vor allen Dingen jene Voraussetzung geschaffen, auf die der Führer immer wieder hingewiesen hat: daß es nicht angehe, die Unterscheidung zwischen Siegern und Besiegten für alle Ewigkeiten festzuhalten und dadurch immer wieder neue Erbitterung hervorzurufen.

Wir begrüßen die Entschlossenheit des faschistischen Beschlusses und hoffen, daß er das Seitige beitragen wird zu einer Neugestaltung der politischen Lage und damit zu einer wirklichen Befriedung Europas.

Frachtfreie Christbäume für Bedürftige.

Ein hochherziger Beschluß der Reichsbahngesellschaft.

Es ist der Wunsch des Führers, daß das Weihnachtsfest in jeder deutschen Familie unter dem Christbaum gefeiert werde. Auch die deutsche Reichsbahngesellschaft hat sich in dankenswerter Weise in den Dienst dieser Idee gestellt. Trotz ihrer Belastung durch die Liebesgaben Transporte hat sie sich bereit erklärt, Weihnachtsbäume für das Winterhilfswerk bis zum 21. Dezember frachtfrei zu befördern, wenn sie in ganzen Wagenladungen aufgegeben werden. Dieses Opfer der Deutschen Reichsbahngesellschaft wird in vielen Fällen überhaupt erst möglich machen, die durch den Waldbesitz gespendeten Bäume den Bedürftigen zuzuführen.

Unerbittliche Strenge gegen Schädlinge des Winterhilfswerkes.

Zuchthausstrafen bis zu zehn Jahren vorgesehene.

Der Reichsminister der Justiz hat auf Veranlassung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda in einem Erlass vom 17. Oktober darauf hingewiesen, daß das Winterhilfswerk des deutschen Volkes bei seiner großen Bedeutung für die Allgemeinheit in strafrechtlicher Beziehung besonders in Anspruch zu nehmen. Er hat daher gebeten, die Strafverfolgungsbehörden anzuweisen, gegen jeden, der sich unrechtmäßig Liebesgaben des Winterhilfswerkes aneignet, schnell und mit unerbittlicher Strenge vorzugehen. Ganz besonders gilt dies für den Fall, daß sich etwa Personen, die selbst mit der Durchführung des Winterhilfswerkes beauftragt sind, an den ihnen anvertrauten Gegenständen vergeifen. Bei derartigen Verurteilungen am Hilfswillen der deutschen Nation sollen die Staatsanwaltschaften Anklage nach der neuen, von der nationaler Regierung beschlossenen Bestimmung über Untreue erheben, die eine Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren vorsieht. Bestrafungen dieser Art sind bereits erfolgt.

Roter Mörder zum Tode verurteilt.

Das Dortmunder Schwurgericht verhandelte gegen die Kommunisten Stephan Kapur und Hermann Kaulisch wegen Mordes bzw. Mordversuchs. Die Anklage wirft den Beschuldigten vor, am 5. Dezember 1930 mehrere Nationalsozialisten, die sich auf dem Heimwege befanden, überfallen und erschossen zu haben. Dabei wurde der SS-Führer Adolf Höb, der zusammen mit seinen Kameraden Verfolgung suchte, durch einen Kopfschuß tödlich verletzt. Das Schwurgericht verurteilte Kapur wegen Ermordung des SS-Führers zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit; gegen den Mitangeklagten Kaulisch wurde wegen versuchten Totschlags auf acht Jahre Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren erkannt.

Zwei große Kulturstützpunkte werden in Ostpreußen errichtet.

Auf einer Veranstaltung des Kampfbundes für deutsche Kultur in Berlin teilte Oberpräsident Koch-Königsberg im Rahmen eines Vortrages über „Ostpreußen als Stützpunkt deutscher Kultur“ mit, daß in Ostpreußen demnächst zwei große kulturelle Stützpunkte errichtet würden. Die Königsberger Universität werde Reichsuniversität und die Marienburg werde eine große nationalsozialistische Erziehungsstätte aufnehmen. Es werde dann in Zukunft kein Akademiker mehr zum Staatsexamen zugelassen werden, der nicht wenigstens ein Semester in den Ostpreußen studiert hat.

„Gleichzeitig Soldat und Prediger“.

Dr. Ley über die Aufgabe des Amtswalters.

Auf einer Gauamtswallertagung der NSDAP in München sprach der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley. Unter Hinweis auf die im deutschen Volk auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens vollzogene Einigung erklärte Dr. Ley feierlich, daß es in der Partei „nur einen Typ des Amtswalters und politischen Soldaten“ gebe. Der Amtswalter der NSDAP und der NSDAP sei genau so Kämpfer der Bewegung wie der Amtswalter der politischen Organisation. Von jedem Amtswalter erwarte er, Dr. Ley, daß er in seiner Organisation nie die Interessen eines Standes, sondern die Forderungen der gesamten Nation vertritt. Von jedem Amtswalter müsse verlangt werden, daß er seine Aufgabe in soldatlicher Disziplin erfülle. Mit der Mahnung, niemals zu vergessen, daß jeder Amtswalter gleichzeitig Soldat und Prediger sein müsse, schloß Dr. Ley seine Ausführungen.

Weihnachtsamnestie in Österreich?

Großdeutscher Schritt beim Bundespräsidenten. — Scharfe Beschwerde über die Übergriffe des Dollfuß-Systems.

Beim österreichischen Bundespräsidenten sprach eine Abordnung der großdeutschen Nationalratsfraktion vor und führte Beschwerde über die immer zahlreicher werdenden Mißgriffe in Verwaltungsstrafverfahren und über die Willkür der Gefängnisbehörden, die bekannten Verhältnisse bei den „Mittenzkörpern“ (Hilfsspolizei) und die zunehmende Rechtsunsicherheit infolge der Ausbreitung des Angebertums. Weiter führte sie u. a. Klage über das unerbittliche Vorgehen gegen deutsche Turnvereine, was im Gegensatz zu den Versicherungen der Regierung stehe, das nationale Vereinsleben in Österreich nicht behindern zu wollen.

Der Bundespräsident wurde dringend ersucht, Hilfe zu schaffen. Ferner wurde er gebeten, den inneren Frieden durch eine umfassende politische Amnestie anläßlich der bevorstehenden Weihnachten einzuleiten.

Der Bundespräsident erklärte darauf, daß er den Gedanken einer politischen Weihnachtsbefriedung begrüße und, soweit es in seiner Kraft stehe, diesen Schritt der großdeutschen Abgeordneten unterstützen werde. Auffallend ist dabei, daß im Gegensatz zu dieser Meinungsäußerung des Bundespräsidenten der Justizminister, der der Verurteilung gewesen wäre, den Antrag für eine solche Amnestie zu stellen, die bereits verbreitete Nachricht über diese Absicht einer derartigen Weihnachtsamnestie des Bundespräsidenten in Abrede gestellt hat.

„Frauen-Reserve“ in England.

Mit Uniform und Feuerwaffen.

Die neugebildete englische „Frauenreserve“ hielt ihre erste Zusammenkunft in London ab. Die Reservistinnen tragen Uniform. Wie die Gründerin und Kommandantin mitteilt, wird das weibliche Reservekorps u. a. im Gebrauch der Feuerwaffen und in der Gasabwehr unterrichtet. Es sollen auch besondere Klassen für den Flugunterricht geschaffen werden. Aufgabe der Reservistinnen ist es, im Kriegsfall oder im Falle innerpolitischer Notstands die Behörden zu unterstützen.

Der Unterstaatssekretär im französischen Kriegsministerium hat seine Inspektionsreise zu den französischen Befestigungsanlagen im Osten beendet. Der Unterstaatssekretär erklärte, er habe von den Unterbringungsbedingungen der Truppen während des Winters einen vorzüglichen Eindruck gewonnen. Die Soldaten verfügten über größtmögliche Bequemlichkeit. Die Verpflegung sei reichlich und gut.